

**NDR Info Podcast**

**12.02.2022 / 19.35-20.00 Uhr**

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

**13.02.2022 / 12.35-13.00 Uhr**

Andreas Flocken/Kai Küstner

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Themen:**

- **SCHWERPUNKT**  
Eigenwillige Militärregierung - Mali-Einsatz ohne Perspektive?
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
  - Militärmacht plus Wirtschaftskraft - Russisch-chinesische Allianz gegen den Westen
  - Streit um Waffenlieferungen an die Ukraine - Deutschland auf dem Weg ins Abseits?
  - Munitionsaffäre - Anklage gegen Ex-KSK-Kommandeur

**Abschrift Schwerpunkt**

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken:

Im Mittelpunkt diesmal bei uns der Mali-Einsatz. Die Lage in dem westafrikanischen Land ist kompliziert. Die Bundeswehr ist dort seit fast zehn Jahren im Einsatz. Nach dem Afghanistan-Debakel ist es mittlerweile der größte Auslandseinsatz der deutschen Streitkräfte mit etwas mehr als 1000 Soldaten. Nach dem Abzug vom Hindukusch droht nun auch in Mali Ungemach. Ende Mai laufen die Mandate für die beiden Bundeswehrmissionen aus. Ob sie verlängert werden - das ist ungewiss. Denn die Spannungen zwischen den Truppenstellern und der Militärregierung in Bamako haben sich erheblich verschärft. Die Sicherheitslage hat sich zudem trotz der Militärpräsenz nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Wie konnte es dazu kommen? Bevor wir zu dieser Frage und anderen wichtigen Aspekten des Konfliktes kommen, wollen wir zunächst einmal versuchen, einige grundsätzliche Fakten und Dinge zu klären. Das ist nämlich wichtig, um die komplexe Situation in der Sahelzone einigermaßen zu verstehen.

Kai, zunächst einmal: es gibt in Mali gleich mehrere Militäreinsätze und an zwei Missionen ist auch die Bundeswehr beteiligt.

Küstner:

Ja, zum einen an der Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen, der gefährlichsten Blauhelm-Mission der UN weltweit. Die nennt sich MINUSMA – die Abkürzung steht für Multidimensional Intergrated Stabilisation Mission in Mali, sie ist 13.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 2000 Polizeikräfte stark. Das Mandat der Bundeswehr begrenzt die Zahl der Deutschen im Moment bei 1100. MINUSMA soll, um es kurz zu sagen, für Frieden und Stabilität sorgen, vor allem angesichts der im Norden starken Islamisten. Wie gefährlich diese Mission tatsächlich ist, davon zeugte der Anschlag im Juni 2021. Damals hatte ein Selbstmordattentäter mit einer Autobombe eine deutsche Patrouille angegriffen, dabei wurden zwölf Bundeswehrsoldaten und auch ein belgischer Soldat verletzt.

Flocken:

Die Bundeswehr ist außerdem beteiligt an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali. EUTM steht für European Union Training Mission. Und ausgebildet werden malische Soldaten...

Küstner:

Genau. Und damit sind wir eigentlich auch schon zum Kern des Problems vorgedrungen. Denn die Bundeswehr - und überhaupt die internationale Gemeinschaft - hat es mit einer Putschisten-Regierung zu tun, also mit einer Militärjunta, die sich selbst an die Macht gebracht hat. Und da stellt sich seit längerem die Frage: will Europa eigentlich weiter für Antidemokraten das militärische Personal ausbilden? Geklärt ist übrigens seit langem die Frage, ob die Deutschen auch einige der Putschisten ausgebildet haben. Da lautet die Antwort eindeutig: Ja. Zusammenfassen kann man vielleicht sagen: EUTM, mit einer deutschen Obergrenze von bis zu 600, gilt unter Insidern weitgehend als gescheitert und steht damit wohl noch ein bisschen mehr auf der Kippe als die UN-Mission MINUSMA, die zumindest in Ansätzen eine stabilisierende Funktion hat, auch wenn sich der Terrorismus in der Region weiter ausgebreitet hat. Für beide Missionen, du hast es schon gesagt, laufen die Mandate Ende Mai aus und dann wird es spannend.

Flocken:

Die Bundeswehr ist seit mehreren Jahren an der EU-Ausbildungsmission EUTM und an dem UN-Einsatz MINUSMA im Norden von Mali beteiligt. Daneben gibt es aber noch andere Militäreinsätze. Zu nennen ist da die französische Anti-Terror-Mission Barkhane. Mehrere tausend französische Soldaten haben seit 2014 versucht, Dschihadisten und Aufständische zu bekämpfen, zusammen mit malischen Soldaten und Truppen der Nachbarstaaten. Denn das Operationsgebiet umfasst auch den Tschad, Niger, Mauretanien und Burkina Faso. Alles ehemalige französische Kolonien.

Küstner:

Das mit den unterschiedlichen Missionen, die nicht unbedingt Hand in Hand arbeiten, das kommt einem aus Afghanistan bekannt vor. Das ist übrigens nicht die einzige Parallele ist zwischen Mali und Afghanistan. Aber kommen wir erst noch einmal zurück zu Barkhane. Offiziell ist diese Operation beendet, oder?

Flocken:

Ja, im Juni vergangenen Jahres wurde diese Militäraktion offiziell von Frankreich für beendet erklärt. Anlass war, dass das malische Militär im Mai zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres die Übergangsregierung abgesetzt hat, die unter anderem Wahlen vorbereiten sollte. Allerdings muss man sagen, die Operation Barkhane war keineswegs so erfolgreich wie von Paris erhofft. Im Gegenteil, Barkhane hat Mali keineswegs stabilisiert. Die Sicherheitslage im Land hat sich stattdessen erheblich verschlechtert. Außerdem haben sich schon damals die Spannungen zwischen Paris und der Regierung in Bamako verschärft. Aber Frankreich hat auch nach dem zweiten Putsch der malischen Militärs und dem Ende von Barkhane seine Truppen keineswegs abgezogen. Sie wurden allerdings reduziert, und es kam schließlich zu einer Umgruppierung. Das heißt, Frankreich setzt jetzt vor allem auf Spezialkräfte, also Kommandosoldaten. Es handelt sich hier um eine Größenordnung von mehreren hundert Soldaten. Wie alles beim Militär hat auch diese Militäroperation einen Namen. Sie heißt nämlich „Takuba“.

Küstner:

Lass mich da kurz einhaken, Andreas: bedeuten diese Begriffe eigentlich irgendetwas? Hast du es mal nachgeguckt?

Flocken:

Ja, Barkhane ist nach einer Düne, der Sicheldüne in der Wüste Sahara benannt. Sie findet sich auch im Logo der Mission. Und Takuba ist ein afrikanisches Schwert, das in Nord- und Westafrika benutzt wird.

Küstner:

Ich dachte nur, dann kann man sich das vielleicht besser merken, wenn man diese Begriffe bildlich vor Augen hat...

Flocken:

Das ist richtig. Wir wollen es aber jetzt nicht zu kompliziert machen. Aber trotzdem noch der Hinweis: Takuba war bisher in der Operation Barkhane integriert. Diese Mission hat dann eine eigene Bedeutung bekommen. Beteiligt an Takuba sind nicht nur Franzosen, sondern auch Spezialkräfte aus anderen Ländern, also Spezialkräfte aus Schweden, Estland und Tschechien - um nur einige Staaten zu nennen. Frankreich hätte es gerne gesehen, wenn sich auch deutsche Kommandosoldaten beteiligt hätten. Mit diesem Wunsch ist Paris aber regelmäßig im Verteidigungsministerium in Berlin abgeblitzt.

Küstner:

Die Bundesregierung hat immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken angeführt, weil solche Einsätze für die Bundeswehr nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit möglich sind, wie es heißt, also zum Beispiel im Rahmen der Vereinten Nationen und eben nicht auf Bitte eines einzelnen Landes.

Also in Mali und der Sahelzone gibt es gleich mehrere Militärmissionen nebeneinander. Stark engagiert, das wissen wir, ist Frankreich, was auch eigentlich der Hauptgrund ist, warum die Bundeswehr überhaupt in Mali aktiv ist. Stichwort Parallelen zu Afghanistan: da waren wir vor allen Dingen wegen der USA und 9/11. Was ist eigentlich mit den USA im Sahel? Die US-Streitkräfte sind an den bisher erwähnten Operationen nicht beteiligt, oder?

Flocken:

Das ist richtig - sie sind zumindest nicht offiziell beteiligt. Ich will aber nicht ausschließen, dass sie sich trotzdem an der einen oder anderen Aktionen beteiligen. Die USA sind nämlich in der Region ebenfalls aktiv, sie agieren aber eher im Verborgenen. Das heißt, US-Aktivitäten kriegt man hier in der breiten Öffentlichkeit nicht richtig mit. Frankreich und die französischen Truppen sind dagegen im Sahel sehr präsent. Denn die ehemalige Kolonialmacht hat in dieser Region weiterhin starke geopolitische und auch wirtschaftliche Interessen. Aber wie gesagt, in dem Gebiet sind auch US-Streitkräfte unterwegs. In Niger gibt es einen US-Stützpunkt. Von hier aus operieren Drohnen und kleinere Aufklärungsflugzeuge. Die US-Soldaten nehmen vor allem mutmaßliche Terroristen und Dschihadisten ins Visier. Den USA geht es vor allem um ein Lagebild in der Region. Die US-Soldaten unterstützen aber auch einheimische Soldaten. Die Aktivitäten der USA sind in der Regel nicht abgestimmt mit den Operationen der anderen Streitkräfte. Und das ist ein grundsätzliches Problem, denn es gibt kein Gesamtkonzept für die Stabilisierung und Befriedung der Region, es gibt keine einheitliche Gesamtstrategie. Das gilt aber auch für die anderen eben genannten Militäroperationen. Und dieses Defizit hat zum großen Teil mit dazu beigetragen, dass sich die Sicherheitslage durch die militärischen Aktivitäten nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Küstner:

Also in der Region läuft viel militärisch parallel. Bevor wir aber nochmal zur gegenwärtigen Situation in Mali kommen, lass uns noch einmal kurz zurückblicken. Wir müssen nämlich erklären, warum es überhaupt dazu gekommen ist, dass sich so viele Staaten hier militärisch engagieren. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen und die EU, aber auch nicht zu vernachlässigen sind die Afrikanische Union und die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Die beiden Letztgenannten haben zeitweise ebenfalls Militärmissionen unterhalten. Der Hintergrund all dieser Aktivitäten ist: vor zehn Jahren gab es im Norden Malis einen Aufstand gegen die Regierung. Das ist der Ursprung von allem.

Flocken:

Genau, im Januar 2012 haben sich Stammesangehörige der Tuareg und andere Gruppen gegen die Zentralregierung in Bamako erhoben. Sie haben schließlich den autonomen Staat Azawad ausgerufen. Schon damals mischten Dschihadisten und andere islamistischen Gruppierungen mit. Ohne jetzt zu weit zu gehen: es gibt auch einen gewissen Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen. Frankreich und Italien hatten damals militärisch in Libyen interveniert mit der Folge, dass Gaddafi stürzte. Das Land war voll mit Waffen, und es gab zahlreiche bewaffnete Gruppierungen und Dschihadisten, die dann schnell auch in Mali aktiv wurden. Islamisten übernahmen zunehmend die Kontrolle über die Rebellenbewegungen im Norden Malis. Sie kontrollierten dann mehrere Städte und Gebiete. Und schließlich marschierten die radikalen Islamisten Richtung Süden und es drohte die Eroberung des ganzen Landes. Denn die schwachen malischen Streitkräfte konnten den Vormarsch nicht stoppen. Und in dieser Situation bat die Regierung in Bamako, die französische Regierung militärisch einzugreifen und den Vormarsch der Dschihadisten zu stoppen. Es heißt, die malische Regierung strebte eigentlich nur Luftunterstützung und Luftangriffe an, darauf wollten sich aber die Franzosen nicht einlassen, stattdessen wurden auch Bodentruppen geschickt - und das war dann im Januar 2013.

Küstner:

Und das war eine weitere Militäraktion, die den Namen „Operation Serval“ trug.

Flocken:

Genau, noch eine Militäroperation - die Militäroperation Serval. Den französischen Streitkräften gelang es schließlich, den Vormarsch zu stoppen. Die Regierung in Bamako hatte im Zuge dieser Militäraktion den Franzosen 2013 weitreichende Rechte eingeräumt. Nach dieser Vereinbarung können die Franzosen offenbar ohne Rücksprache mit der Regierung in Bamako agieren, wenn sie es für militärisch richtig halten. Und das ist nicht ganz unwichtig, denn der heutige Konflikt zwischen Paris und der malischen Militärregierung hat auch viel mit dieser Vereinbarung von 2013 zu tun. Denn die Militärs in Bamako möchten viele Bestimmungen ändern und rückgängig machen. Kenner des

Landes sagen, das sei einer der Gründe, warum das Verhältnis zu Paris sich in den letzten Wochen so dramatisch verschlechtert hat. Die malischen Militärs wollen offenbar die Allmacht der Franzosen im Land einschränken. Ich denke, in diesem Zusammenhang muss man auch viele der jüngst aufgetretenen Konflikte und Irritationen bei den anderen Truppenstellern sehen.

Küstner:

Also du meinst, dass die malische Regierung die Luftbewegungen der ausländischen Streitkräfte eingeschränkt hatte, worunter auch letztlich die Deutschen und die Bundeswehr leiden?

Flocken:

Ja, betroffen sind ja auch die Aufklärungsdrohnen der Bundeswehr bei MINUSMA und die Rettungskette für Soldaten. Falls zum Beispiel Patrouillen angegriffen werden und Soldaten verwundet werden. Da spielen dann die sogenannten MedEvac-Hubschrauber eine ganz zentrale Rolle.

Küstner:

Wir wissen jetzt ein bisschen mehr, was den Ursprung des Mali-Konflikts angeht. Wir haben eben gehört, der Vormarsch der Islamisten nach Süden konnte 2013 durch die Franzosen gestoppt werden. Die Dschihadisten wurden zurückgedrängt und 2015 gab es dann ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien. Klingt erst einmal so, als seien das ganz gute Voraussetzungen für die Stabilisierung des Landes gewesen...

Flocken:

Naja, der Friedensvertrag war schon eine schwere Geburt, weil auch die verschiedenen Tuareg-Rebellengruppen sich nicht einig waren. Aber richtig: die Vereinbarung sollte letztlich die Voraussetzungen schaffen für den innermalischen Friedensprozess zwischen den Konfliktparteien. Helfen sollten dabei die inzwischen rund 13.000 Blauhelme. Die MINUSMA-Mission hat zudem den Auftrag, die Bevölkerung zu schützen. Aber das ist den UN-Soldaten von Beginn an nicht gelungen. Die Sicherheitslage hat sich immer weiter verschlechtert, und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden.

Küstner:

Gleichzeitig waren die Erwartungen der malischen Bevölkerung an die UN-Blauhelme ziemlich hoch. Inzwischen hat sich aber eine große Enttäuschung breitgemacht. Man hatte sich da mehr erwartet, vor allem mehr Sicherheit, oder?

Flocken:

In der Tat. Aber am Alltag der Menschen hat sich gar nichts verbessert hat oder kaum etwas verbessert hat. Verantwortlich dafür werden nicht nur die UN-Truppen gemacht, sondern auch die französischen Soldaten. Die malischen Streitkräfte konnten ebenfalls nicht viel ändern. Ich habe darüber mit einem Malier gesprochen. Er hat die Situation in Timbuktu geschildert: danach trauen sich die Menschen inzwischen kaum noch aus der Stadt heraus. Zehn Kilometer außerhalb der Stadt könnte alles passieren. Der Bus könnte angehalten werden, wenn man mit ihm unterwegs ist. Fahrgäste können ausgeraubt werden - das sei alles auch schon passiert. Wer auf den Bus angewiesen ist, um zum Beispiel in die Hauptstadt Bamako zu fahren, der nimmt möglichst keine Wertsachen oder Geld mit. Am besten nur, was überhaupt notwendig ist. Es seien in der Region kriminelle Banden aktiv, es herrsche totale Rechtlosigkeit. Es mischten auch Dschihadisten mit. Die würden zum Teil vorhandene ethnische Konflikte ganz bewusst instrumentalisieren. Der Staat und auch die internationalen Truppen seien in vielen Regionen überhaupt nicht präsent. Die prekäre Sicherheitslage hat zur Folge, dass die Bewegung der Menschen sehr stark eingeschränkt ist. Betroffen sind auch Geschäftsleute und Händler. Die haben erhebliche Probleme, Waren in die Stadt zu bekommen. Das alles macht es so schwierig.

Küstner:

Okay, das heißt, die schlechte Sicherheitslage hat offenbar Auswirkungen sowohl auf die wirtschaftliche Situation als auch ganz konkret auf den Alltag der Menschen, was dann ein Riesenproblem wird...



Flocken:

In der Tat. Der Malier, mit dem ich gesprochen habe, der hat darauf hingewiesen, dass die Preise für bestimmte Waren und Lebensmittel ziemlich stark angestiegen sind. In Städten, wo die MINUSMA stationiert ist, komme es vor, dass die Blauhelme auf dem heimischen Markt einen Großeinkauf machen, um das UN-Kontingent zu versorgen. Dann sei es zum Beispiel so, dass es für die Bevölkerung dort schwierig sei, bestimmte Produkte überhaupt zu bekommen, und wenn doch, dann nur zu einem sehr hohen Preis, der für die Malier nicht bezahlbar ist. Andererseits sind die UN-Truppen aber auch Arbeitgeber. In den Camps würden Malier arbeiten, als Reinigungskräfte oder als Dolmetscher. Die UN-Truppen sorgen also insofern auch für Einkünfte. Das ist also alles ähnlich wie damals in Afghanistan.

Küstner:

Ich habe ja gesagt, dass es da viele Parallelen gibt.

Flocken:

Die Bevölkerung hat also auch hier zur UN-Truppe ein gespaltenes Verhältnis. Denn zugleich beklagt man, dass die Blauhelme nicht in der Lage sind, für Sicherheit und Ordnung im Land zu sorgen. Und in dieser Hinsicht sind viele Malier von der MINUSMA-Mission enttäuscht. Dabei muss man sagen, dass die UN-Truppe selbst viele Opfer zu beklagen hat. Seit Beginn der UN-Operation haben mehr als 260 Blauhelme in Mali ihr Leben verloren.

Küstner:

Aber für Sicherheit sorgen soll nicht nur MINUSMA. Die Franzosen haben - nachdem sie 2013 den Vormarsch der Islamisten gestoppt hatten - auch gleich die bereits erwähnte Antiterroroperation Barkhane gestartet...

Flocken:

Ja, aber diese inzwischen eingestellte Militäroperation hat ebenfalls nicht mehr an Sicherheit gebracht. Und vor allem deswegen gibt es inzwischen in Mali eine ziemlich anti-französische Stimmung. Darüber habe ich mit unserer Korres-

ponentin Dunja Sadaqi gesprochen. Sie beobachtet vom marokkanischen Rabat aus die Entwicklung in Mali:

O-Ton Sadaqi:

„Also schon immer, wenn es zu Protesten kommt, sieht man Plakate auf diesen Demos, wo draufsteht „Frankreich, hau ab“. Es gibt große Antipathien oder Ressentiments gegen die Ex-Kolonialmacht Frankreich. Zum einen, weil gesagt wird „was haben die uns bei der Sicherheitslage gebracht?“ Sie sind gekommen und es hat sich nichts verbessert - im Gegenteil, der Terror breitet sich aus. Zum anderen muss man schon sagen, dieses Ressentiment wird jetzt von der Militärregierung in meinen Augen auch benutzt, indem man das wie man neudeutsch sagt, „framed“, dass vor allem Frankreich für die von der ECOWAS ausgesprochenen harten Sanktionen verantwortlich ist. daraus resultieren dann die Demos und eine Anti-Stimmung gegen Frankreich.“

Flocken:

Vor allem Frankreich ist der Sündenbock. Dabei waren es die Franzosen, die damals den Vormarsch der Islamisten gestoppt haben. Aber Frankreich spielt als ehemalige Kolonialmacht in der Region eine Rolle wie jahrelang die USA in Afghanistan. Das heißt, wenn sich die Franzosen zurückziehen, dann wird es auch für die anderen Länder schwierig, sich in der Region weiterhin militärisch zu engagieren.

Küstner:

Ich finde das interessant, weil sich das mit der Einschätzung des Leiters der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region, Ulf Laessing, deckt, der uns Journalisten kürzlich berichtet hat, dass bei Demonstrationen zunehmend auch russische Fähnchen geschwenkt werden. Und er führt das darauf zurück, dass die Menschen hart von den wirtschaftlichen Sanktionen getroffen werden. Und sie schieben das in erster Linie Frankreich in die Schuhe. Dass Bamako jetzt auch mit Russland zusammenarbeitet stärkt wiederum das Selbstbewusstsein der Militärjunta, die jetzt nicht mehr einseitig auf die Franzosen setzen. Und Russland freut sich mal wieder, den Europäern irgendwie in die Parade fahren zu können. Aber klar ist, dass mit der kürzlich erfolgten Ausweisung des französischen Botschafters durch die Militärregierung die Beziehungen zwischen Paris und Bamako inzwischen an eine Art Nullpunkt angekommen sind. Und Berlin

schaut vor allem auf Paris, schaut, wie sich die französische Regierung in Mali verhalten wird.

Flocken:

In der Tat - ob der Bundeswehreinsatz in Mali noch eine Perspektive hat, das hängt entscheidend von Frankreich ab. Hinzu kommt, dass die Ausbildungsmission EUTM ein EU-Einsatz ist. In diesem Zusammenhang muss sich die Bundesregierung auch mit anderen EU-Mitgliedern abstimmen. Mein Eindruck ist, dass die malische Regierung durchaus an einer Fortsetzung der Mission interessiert ist. Die Militärs wollen aber die Dominanz der Franzosen im Land abschütteln.

Küstner:

Und dabei spielt offenbar die Vereinbarung zwischen Frankreich und Mali, die 2013 abgeschlossen worden ist, eine wichtige Rolle - als die Islamisten auf die Hauptstadt Bamako damals vorrückten und Frankreich um Hilfe gebeten wurde, wie du uns ja schon berichtet hast.

Flocken:

Es geht um das Anfang 2013 mit Paris abgeschlossene Verteidigungsabkommen, das den Aufenthalt der ausländischen Streitkräfte im Land regelt. Es ist praktisch auch für alle anderen Operationen mehr oder weniger gültig oder übernommen worden. Die Militärs, die sich 2020 an die Macht geputscht haben, streben Veränderungen an dieser Vereinbarung an. Denn die Vereinbarung räumt den Franzosen weitreichende Rechte und Befugnisse ein, und es geht dabei offenbar nicht nur um die Truppenstationierung und Überflugrechte. Diese Vereinbarung ist letztlich auch die Basis bzw. die Grundlage für die Operation Takuba. In diesem Zusammenhang muss auch der Streit um das dänische Kontingent im vergangenen Monat gesehen werden. Die malische Regierung hatte kritisiert, sie sei über die Stationierung der rund 90 dänischen Spezialkräfte im Land nicht informiert worden. Die Federführung für Takuba liegt bekanntlich bei den Franzosen. Offenbar wollen die selbstbewussten, jungen malischen Offiziere sich von Paris nicht mehr alles sagen lassen. Sie stellen damit die Vereinbarung über die Stationierung und den Status der ausländi-

schen Streitkräfte infrage. Kopenhagen hat dann letztlich seine Spezialkräfte abgezogen. Also, die malischen Militärs stellen letztlich grundsätzlich die rechtliche Grundlage der ausländischen Militäroperationen in Frage, auch wenn sie das nicht ausdrücklich sagen. Das sind allerdings für die französische Regierung offensichtlich ganz ungewohnte Töne. Und ich denke, in diesem Kontext müssen auch die angeordneten Einschränkungen für die deutschen Drohnen im Norden Malis gesehen werden. Das betrifft auch generell die Flugbewegungen. So musste ein A400M-Transporter der Bundeswehr auf die Kanaren umgeleitet werden, weil die malische Regierung keine Überflugerlaubnis gegeben hatte.

Küstner:

Es gab auch Gerüchte, dass zum Beispiel die erwähnten Dänen aus Mali abziehen mussten und auch deutsche Drohnen nicht mehr uneingeschränkt starten konnten – und zwar, weil dies auf Drängen der Russen geschehen sein soll, damit sie nicht ausgespäht werden können. Aber du meinst, dass diese Maßnahmen der malischen Regierung, die wirklich für Irritationen in Deutschland gesorgt haben - in Dänemark auch – das sie letztlich eine Konsequenz der Spannungen zwischen Paris und Bamako sind?

Flocken:

Ich will das nicht ausschließen, was du gesagt hast. Da mag was dran sein, dass auch die Russen ein Interesse daran hatten, dass sie durch Drohnen nicht ausgespäht werden. Aber ich denke, der Kern des Konfliktes zwischen Mali und den Truppenstellern liegt in der Tat in dieser Vereinbarung, in diesem Abkommen. Es gibt zudem noch andere Beispiele: So wollte die Militärregierung wohl mit Gruppen und Stämmen in Mali verhandeln, und zwar Gruppen und Stämmen, die aus Sicht Frankreichs Dschihadisten und Terroristen sind. Und Paris hatte daraufhin mit dem Abzug der französischen Truppen gedroht. Also, es knirscht im Augenblick ziemlich zwischen diesen beiden Seiten. Hinzu kommt dann noch die Kritik aus Paris, dass die Militärregierung, die für diesen Monat angekündigten Wahlen verschoben hat und dass die Militärregierung eigentlich keinerlei Legitimität habe. Das hat dann letztlich zur Ausweisung des französischen Botschafters geführt.

Küstner:

Der Chef der Konrad Adenauer Stiftung in der Region legt Frankreich in diesem Zusammenhang nahe, in Mali auch mit etwas mehr Fingerspitzengefühl vorzugehen, um die Situation zu entschärfen. Und der Politikwissenschaftler Dan Krause, von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, mit dem du ja über die Strategie der Franzosen in Mali gesprochen hast, sieht die Rolle von Paris ziemlich kritisch und weist auch auf Widersprüche hin:

O-Ton Dan Krause:

„Die Franzosen sind gegen die Militärregierung in Bamako, stützen aber gleichzeitig eine de facto Militärregierung im Tschad, weil die ihren Interessen dient. Das sind nicht immer Bodenschätze. Es ist zum Teil auch so, dass Frankreich sich dort eben als Großmacht sieht und auch Großmacht spielen kann. Das ist auch wichtig für den Status Frankreichs. Das Land kann in Mali Dinge tun, die es in Libyen oder Syrien nicht tun kann. Die Franzosen haben General Haftar in Libyen unterstützt, auch eine gegen die internationale Gemeinschaft gerichtete Strategie, die letzten Endes zu mehr Destabilisierung beiträgt, weil Haftar eher französischen Interessen dient.“

Flocken:

Dan Krause geht sogar noch viel weiter. Für ihn haben die Franzosen letztlich überhaupt kein tragfähiges Konzept für Mali. Sein Credo ist: Streitkräfte allein können den Konflikt nicht lösen. Das können nur die Konfliktparteien selbst, indem sie sich an einen Tisch setzen und miteinander sprechen. Und hier würden aber die Franzosen blockieren.

O-Ton Krause:

„Es sind viele Gruppen bei den Tuareg dabei, die von den Franzosen als Dschihadisten betrachtet werden, weil sie Gegner von Barkan sind oder Gegner von Tuareg-Gruppen, die mit den Franzosen verbündet sind, die unabdingbar für den Friedensprozess sind. Und ähnlich wie in Afghanistan wo man das ja gesehen hat, muss man mit allen Leuten reden, man muss mit allen Akteuren reden, auch mit schwierigen. Es gibt ein paar Ausnahmen, aber das war ein wesentlicher Grund oder ist ein wesentlicher Grund auch für die Unzufriedenheit mit Frankreich, dass man mit diesen Gruppen nicht reden konnte. Und ich sehe nicht, dass der Friedensprozess in Gang kommt, wenn man gewisse Gruppen ausschließt - Al-Qaida und IS ausgenommen - um diesen Friedensprozess zu starten.“

Flocken:

Für Krause muss der politische Prozess zwischen den Konfliktparteien voran gebracht werden. Auf diesem Gebiet passiert allerdings seit Jahren gar nichts.

Küstner:

Jetzt könnte man aber sagen, Voraussetzung für einen Friedensprozess ist ein sicheres Umfeld. Und die Voraussetzung dafür sollte auch die EU-Ausbildungsmission EUTM schaffen. Aber so wahnsinnig erfolgreich scheint dieser Einsatz dann wohl nicht gewesen zu sein, oder?

Flocken:

Das kann man so sehen. Die EU - und damit auch die Bundeswehr - hat mittlerweile mehr als 15.000 malische Soldaten ausgebildet. Man versucht auch den Soldaten nach der Ausbildung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Aber das grundsätzliche Problem bleibt, dass letztlich die malische Regierung, beziehungsweise das malische Militär entscheidet, welche Soldaten an der Ausbildung teilnehmen und insbesondere, wo sie anschließend eingesetzt werden. Das heißt, über den Werdegang hat zum Beispiel die Bundeswehr überhaupt keinen Einfluss. Zusätzlich bleibt auch noch die Frage: können die jungen malischen Streitkräfte bei der Terrorbekämpfung wirklich besser sein als die professionellen französischen Streitkräfte oder die UN-Truppen? Ich denke, wie man es dreht: eine Erfolgsstory sind die verschiedenen Militärmissionen in Mali bisher alle nicht.

Küstner:

Die Sicherheitslage hat sich also verschlechtert, trotz der Präsenz der internationalen Truppen. Und deswegen, das ist wohl der Hauptgrund, hat die Bevölkerung das Vertrauen in die UN-Truppen verloren. Aber auch in die eigenen Politiker, so sieht es jedenfalls die ARD-Korrespondentin, Dunja Sadaqi, mit der hattest du ja auch gesprochen.

Flocken:

Ja, und das ist auch eine Erklärung, warum der Putsch der Militärs von weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt worden ist - anders als in den europäischen

Hauptstädten und bei den Truppenstellern in Mali. Die Bevölkerung hat offenbar auch kein Problem mit dem zweiten Militärputsch im Mai vergangenen Jahres. Für die ARD-Hörfunkkorrespondentin für Nordafrika, Dunja Sadaqi, ist das auch nicht weiter verwunderlich:

O-Ton Sadaqi:

„Ich glaube, das hat einfach damit zu tun, dass man erstens extrem viel Frust empfindet gegenüber dem internationalen Militär-Engagement, dass das in den Augen der Malierinnen und Malier nichts gebracht hat. Und auf der anderen Seite, dass man frustriert war mit der politischen Elite - 2020 in Form des damaligen Präsidenten IBK, wie er genannt wurde, Ibrahim Boubacar Keita. Und dass man von dieser Elite auch wenig hält, dass man ihr Korruption vorwirft, dass man ihr Machtspiele vorwirft und dass man ihr auch vorwirft, nichts zu tun oder zu wenig zu tun gegen die Probleme, die es im Land gibt. Und deswegen gibt es, meiner Meinung nach, auch eine große Sympathie für die Militärs - immer noch muss man ja sagen, trotz des zweiten Putsches, weil man sagt: die gehören zumindest nicht zur bisherigen politischen Klasse, die im Land nichts bewegt hat.“

Küstner:

Wobei die Frage ist, ob das malische Militär es besser machen wird als die politische Machteliten. Möglicherweise geht es ihnen letztlich doch nur um den eigenen Machterhalt. Denn die für diesen Monat zunächst vom Militär angekündigten Wahlen wird es zunächst nicht geben. Denn die Militärs hatten verkündet, sich dafür jetzt noch rund fünf Jahre Zeit lassen zu wollen. Das würde die Bundesregierung gerne rückgängig machen und will einen früheren Wahltermin. Die Truppensteller und insbesondere die Regierung hier in Berlin hat die Fortsetzung des Mali-Einsatzes auch von einer Rückkehr zur Demokratie abhängig gemacht.

Flocken:

Ja, aber die Militärs werden vorerst auf jeden Fall an der Macht bleiben. So sieht es jedenfalls aus. Und ob sich die Lage in Mali durch Wahlen verbessern würde, da bin ich mir keineswegs sicher. Klar ist jedenfalls: eine Regierung muss sich durch Wahlen legitimieren - das ist richtig. Wahlen würden aber in Mali wohl nichts an der unsicheren und schwierigen Lage des Landes ändern und insbesondere an der Menschen - so sieht es jedenfalls der Politikwissenschaftler Dan Krause:

O-Ton Krause:

„Die Bevölkerung vertraut diesen Eliten nicht. Die Bevölkerung vertraut auch nicht, dass Wahlen irgendeine Form von Legitimation herstellen. Das heißt, man muss sich auch die Frage stellen, wenn wir auch Wahlen bestehen, was ändern diese Wahlen? Bisher ist die Erfahrung der Bevölkerung - das war ja auch der Grund, warum Boubacar Keita in Mali gescheitert ist - dass Wahlen gar nichts ändern, dass die regierenden Eliten immer an der Macht bleiben. Die Bevölkerung weiß, dass sie selbst kaum eine Chance hat, unabhängige Parteien zu wählen und die Bevölkerung misstraut Wahlen. Also Wahlen, sind nichts, was Legitimation in unserem Sinne herstellt und nicht vergleichbar mit demokratischen.“

Flocken:

Und die ARD-Nordafrika-Korrespondentin, Dunja Sadaqi, kann sich sogar vorstellen, dass gegebenenfalls Militärs gewählt würden, wenn diese bei Wahlen anträten. Allerdings ist das Problem, dass auch, seitdem die Militärs in Mali das Sagen haben, sich die Sicherheitslage nicht verbessert hat. Denn es ist weiter so, dass staatliche Organisationen und Einrichtungen in der Fläche kaum vertreten sind und in dieses Vakuum dringen Banden, Dschihadisten und andere Gruppen ein und sorgen dann für Willkür und Rechtlosigkeit. Und das müsste sich ändern. Nur dann kann Mali zu stabilen Verhältnissen zurückkehren.

Küstner:

Stichwort Vakuum. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die malischen Militärs mit Russland kooperieren. Die Rede ist zudem davon, dass russische Söldner der berüchtigten Gruppe Wagner in Mali auf Wunsch der Militärregierung aktiv sind. Das ist ein weiterer Grund, der oft angeführt wird, warum die Bundeswehr-Mission in Mali beendet werden könnte.

Flocken:

Ja, die Militärs in Mali sprechen allerdings davon, dass man lediglich mit regulären russischen Soldaten kooperiert. Dazu muss man wissen, dass es früher, während des Ost-West-Konfliktes, ziemlich enge Militärbeziehungen und eine Militärkooperation zwischen Mali und Russland gegeben hat. Die Streitkräfte sind bis heute vor allem mit russischem Gerät ausgestattet, das allerdings ziemlich veraltet ist. Nach dem Zerfall der UdSSR ist die Zusammenarbeit zurückgegangen. Wie gesagt – offiziell wird von der Regierung in Mali bestritten,



dass es mit der Söldnergruppe Wagner irgendwelche Vereinbarungen gibt. Aber man muss wohl davon ausgehen, dass es hier eine Grauzone gibt. Denn es ist anzunehmen, dass die regulären russischen Streitkräfte in Mali mit der Gruppe Wagner zusammenarbeiten.

Küstner:

Ich finde es in diesem Zusammenhang hochinteressant, dass auch der Chef der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, Ulf Laessing, meint, man solle sich doch mal über die Effizienz auch der deutschen und europäischen Ausbildung Gedanken machen. Die Ausbilder bei EUTM würden nämlich nur vier bis sechs Monate dableiben, würden teilweise die Landessprache nicht sprechen, also französisch nicht sprechen. Die Russen, sagt Laessing, seien da sozusagen in eine Marktlücke gestoßen:

O-Ton Laessing:

„Die Malier wollten Trainer haben, die mit ihnen sozusagen an die Front gehen. Die Malier wollten immer ein etwas realistischeres Training haben. Dann sind die Russen gekommen. Die haben Kalaschnikows mitgebracht, haben gleich am ersten Tag hier mit Live-Munition trainiert und begleiten jetzt aktiv die Malier in die Hotspots.“

Flocken:

Angesichts der Spannungen mit Paris ist es nicht verwunderlich, dass Bamako sich an Moskau gewendet hat. Für den Politikwissenschaftler Dan Krause wollen die malischen Militärs Frankreich möglicherweise zeigen, dass Mali noch andere Optionen hat und nicht allein auf Frankreich angewiesen ist.

O-Ton Krause:

„Letzten Endes ist Wagner in dem Fall für die Regierung in Bamako für die Militärregierung eine Art Verhandlungschip gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Ihnen kann man drohen, man kann sagen „seht, wenn ihr weg geht, wenn ihr Balkan reduziert, wenn ihr die EUTM aufhört, wir können auch anders, die haben auch andere Partner“. Aber letzten Endes vergrößert die Militärregierung und Bamako damit ihre Behandlungsmöglichkeiten. Er schafft sich Alternativen. Das wird nicht zum Nutzen der malischen Regierung sein. Letzten Endes wird, wenn die internationale Gemeinschaft weggeht und Wagner kommt. Es wird nicht zum Nutzen von Mali sein. Aber es ist im Augenblick ein Verhandlungschip.“

Flocken:

Außerdem ist auf Fernsehbildern und auf Fotos inzwischen häufig zu sehen, dass russische Flaggen geschwenkt werden. Ob aber die Bevölkerung nun wirklich so eine positive Einstellung zu den Russen hat - das lässt sich von hier aus natürlich schwer beurteilen. Aber letztlich muss die malische Regierung entscheiden, ob die ausländischen Soldaten weiterhin willkommen sind, also die französischen Truppen oder aber auch die anderen westlichen Soldaten. In dieser Hinsicht hat man von der Regierung in Bamako bisher allerdings keine klaren Worte gehört. Aber in Berlin, bei der Regierung und bei den Parteien wachsen die Zweifel am Mali-Engagement. Die beiden Mandate laufen im Mai aus, Kai...

Küstner:

Ja, der Einsatz ist jetzt bereits sowohl von Außenministerin Annalena Baerbock, als auch von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht offen in Frage gestellt worden. Noch darf man das als verbale Warnschüsse an die Adresse der Militärjunta verstehen, nach dem Motto: überlegt euch gut, was passiert, falls wir hier rausgehen. Denn die allgemeine Einschätzung ist, dass die Russen mit ihren vielleicht ein paar hundert Soldaten nicht eine mehrere tausend Mann starke französische Truppe oder gar eine UN-Mission ersetzen könnten. Eigentlich wollte die Verteidigungsministerin nach Mali gereist sein in den letzten Tagen, das hat ein Corona-Fall in ihrem Büro verhindert. Nun findet zunächst eine virtuelle Reise statt. Es geht, denke ich, der Bundesregierung im Moment darum abzutasten, wie sehr der deutsche Beitrag eigentlich noch gewollt und gewünscht ist. Was auch auffällig war, dass die Bundesregierung sehr darauf gedrungen hat, dass die Militärregierung ein Datum für Wahlen verkündet. Denn auf Dauer ist das natürlich auch hier in Deutschland schwer zu verkaufen, dass man über Jahre für eine Militärjunta die Soldaten ausbilden soll. Meine Einschätzung ist: EUTM steht deutlich mehr auf der Kippe als MINUSMA und vieles hängt davon ab, wie die Franzosen sich verhalten. Man will sich auch innerhalb Europas abstimmen. Aber mit jeder neuen Negativschlagzeile aus Mali, oder aus der Region, wird ein Abzug aus meiner Sicht wahrscheinlicher - auch deshalb, weil es immer schwieriger wird, dem Bundestag, der letztlich zustimmen muss, diese beiden Einsätze zu verkaufen.

Flocken:

Es ist interessant, dass du dir vorstellen kannst, dass man bei einem eventuellen Abzug einen Unterschied macht zwischen EUTM und MINUSMA. Für mich wäre das ein fauler Kompromiss, weder Fisch noch Fleisch. Aber wir werden sehen.

Küstner:

Ja, ich bin gespannt. Aber bei MINUSMA sind noch einfach mehr Staaten beteiligt, es ist eine UN-Mission. Wenn jetzt auf der EU-Ebene entschieden wird, EUTM wird eingestellt, dann ist es ganz klar. Aber damit ist, glaube ich, noch nicht entschieden, dass man dann auch MINUSMA einstellt. Gut, aber wir werden sehen...

Flocken:

Wir werden sehen, in der Tat. Wir werden noch abwarten, wie es in Mali mit den Militäreinsätzen weitergeht. Die Mandate laufen zwar erst in drei Monaten aus, aber vielleicht fällt eine Abzugsentscheidung dann doch schneller als man denkt. Die Interviews mit der ARD-Korrespondentin für Nordafrika, Dunja Sadaqi, und mit dem Politikwissenschaftler Dan Krause, von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, stehen übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).